Nummer 276. XXI. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Donnerstag, 2. Juni 1892.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Herr v. Plener über die Valutafrage.

(Von unserem Korrespondenten.)

⊙ **Wien**, 31. Mai.

Man hat allgemein mit besonderer Spannung der Stellungnahme der Vereinigten deutschen Linken zu den Valuta-Vorlagen entgegengesehen, nicht allein wegen der Bedeutung dieser Partei, sondern hauptsächlich, weil von deren Votum sehr viel abhängt. Nun hat Dr. v. Plener jetzt zum ersten Mal im Valuta-Ausschuß seine und seiner Partei Ansichten dargelegt, und er that dies in einer Weise, die die größte Beachtung herausfordert und auch findet. Grundsätzlich sprach sich, wie nicht anders erwartet werden könnte, der Führer der Deutsch-Liberalen für die Valuta-Reform aus, an den Gesetzentwürfen des Finanzministers Dr. Steinbach übte er jedoch eine sehr scharfe Kritik, die in der Erklärung gipfelte, daß diese Gesetzentwürfe einen peinlichen Eindruck in der Oeffentlichkeit hervorgebracht hätten und daß die Bevölkerung nicht genügend auf das große Unternehmen vorbereitet worden sei. Namentlich die Feststellung der Relation (d. i. der gesetzlichen Werthbestimmung für Silber und Gold) erfuhr durch Herrn v. Plener eine abfällige Beurtheilung, weil nach seiner Ansicht die gewählte Ziffer „dem natürlichen Gange der Agiobewegung nicht entspreche" und das Ansehen und die Würde des Staates unter der Werthherabsetzung des eigenen Geldes leiden müßten. Diese und andere Bedenken, die Herr v. Plener vorgebracht, entspringen erfsichtlich nicht ausschließlich sachlichen Gründen. Man hörte es den Ausführungen des Parteiführers an, daß sie mindestens bis zu einem gewissen Maß auch von politischen Stimmungen, um nicht zu sagen: Verstimmungen beeinflußt seien. Die Deutschliberalen sind mit der Haltung des Kabinets Taaffe in der neueren Zeit wieder sehr wenig zufrieden; speziell in den böhmischen Angelegenheiten, von welchen die Deutschliberalen so nahe berührt werden, finden die Letzteren seit Kurzem wieder Veranlassung zu allerlei Klagen, in Folge deren es an Zeichen nicht fehlt, daß die Neigung zur Opposition allmählich stellenweise zurückzukehren beginnt. Gewiß hätten die Deutschliberalen unter allen Umständen ihre Anschauungen über die Art der Valutaregelung offen zur Geltung gebracht und in jedem Falle hätten sie jene Abänderungen und Verbesserungen an den Gesetzentwürfen beantragt, die sie für ersprießlich oder für nothwendig erachten. Dies wäre jedoch ohne die erwähnte politische Verstimmung höchst wahrscheinlich in einer milderen Form geschehen, und darum wird die Herbheit der Kundgebung des Herrn v. Plener doppelt beachtet.

Doch nicht allein auf eine scharfe Kritik beschränkte sich der Führer der Deutschliberalen, er stellte auch politische Anträge auf Abänderungen der Gesetzentwürfe und er kündigte gleichzeitig an, daß er im Laufe der Ausschußberathungen weitere bezügliche Anträge einbringen werde. Der wichtigste seiner jetzt schon ausgesprochenen Wünsche geht dahin, daß die Regierung noch vor der Aufnahme der Baarzahlungen die auf einen Gulden lautenden Staatsnoten gegen Silber einlösen solle, oder mit anderen Worten: die Regierung solle gegen Gold von der Oesterreichisch-ungarischen Bank so viel Silber entnehmen, als zur Einlösung jener Einguldennoten nothwendig sei. Diese Noten machen zwischen 70 bis 80 Millionen Gulden aus. Nach dem Vorschlage Pleners würde die unbedeckte Papierschuld um diesen Betrag geringer werden, die Bank besäße um die gleiche Menge weniger an Silber, und die Hartgeldcirkulation würde im entsprechenden Maße ihren Anfang nehmen. Damit wäre andererseits aber zugleich die Verwendung der ersten Valuta-Anleihe, die sich ja beläufig auf der angegebenen Höhe bewegen soll, vorgezeichnet und festgelegt, und andererseits würde auf solche Weise dargethan werden, daß es sich bei den Valuta-Anleihen thatsächlich um die Erfüllung der affichirten Pläne handle und daß Oesterreich wirklich mit dem Gold, das es dem Geldmarkt entnimmt, seine unfundirten Noten einzulösen beabsichtigt, wenn auch vorläufig nur auf dem gedachten Umweg der Ersetzung des Papieres durch das in den Kellern der Bank liegende Silber. Pleners Antrag veranlaßte denn auch den Finanzminister Dr. Steinbach zu der formellen Erklärung, daß er die Sache in „ernsthafte Erwägung" ziehen werde, das will besagen, die Zweckmäßigkeit des Plenerschen Vorschlags leuchtet auch Herrn Dr. Steinbach ein und demzufolge wird er vermuthlich mit dem ungarischen Finanzminister Herrn Dr. Wekerle sich über die Sache auseinandersetzen. Es ist kaum anzunehmen, daß man in Budapest prinzipielle Schwierigkeiten machen werde, immerhin jedoch sind jetzt schon neue Verhandlungen mit Ungarn erforderlich, und solche dürften sich in der weiteren Folge noch mehrmals als unabweisbar herausstellen. Daraus aber geht zweierlei hervor: einmal, daß die Valutafrage vom österreichischen Parlament und namentlich von den Deutschliberalen mit dem eingehendsten Ernst und mit der größten Gewissenhaftigkeit behandelt wird, und ferner, daß die Erledigung der Gesetzentwürfe über die Valutaregulirung doch nicht so bald zu erwarten ist, wie man Anfangs vielfach geglaubt hat.

* * *

Während Oesterreich-Ungarn eben damit beschäftigt ist, die Goldnährung einzuführen, entwickeln die Vereinigten Staaten einen nicht geringeren Eifer für die Rehabilitirung des Silbers. Amerika hat sich davon überzeugt, daß Alles, was es seinerseits bisher für diesen Zweck gethan hat, den Silberpreis nicht blos nicht erhöht, sondern noch um vieles tiefer gedrückt hat. Das hat die Vereinigten Staaten dazu angeregt, eine internationale Regelung der Silberfrage in Angriff zu nehmen. Den ersten Schritt dazu soll der internationale Münzkongreß bilden, der von den Vereinigten Staaten einberufen wird. Daß dieselbe irgend einen positiven Erfolg haben wird, will außer den amerikanischen Silberkönigen wohl Niemand recht glauben. Das hat auch der Präsident der deutschen Reichsbank, Dr. Koch, in seinen neulichen Auslassungen im preußischen Herrenhause zu erkennen gegeben. Indeß da England den Vereinigten Staaten die Höflichkeit erwiesen hat, die Einladung zu dem Kongreß anzunehmen, hatte Deutschland keinen Anlaß, weniger höflich zu erscheinen. Eine Aenderung der Währung wird der Kongreß aber weder in Deutschland, noch in England herbeiführen.

---

* Bei der Galatafel zu Ehren der **Königin-Regentin** und der jungen **Königin von Holland** am 31. Mai hat **Kaiser Wilhelm** folgenden Trinkspruch ausgebracht:

Von ganzem Herzen und tief gerührt, spreche Ich Eurer Majestät und Eurer Majestät Tochter den Dank der Kaiserin und den Meinigen aus, daß Euere Majestäten geruht haben, hierher zu kommen, die Strapazen einer Reise nicht scheuend.

Es liegt uns Beiden noch tief im Sinne die herzliche und freundliche Aufnahme, welche Uns Seitens Eurer Majestäten, sowie Seitens des gesammten Niederländischen Volkes, dieses an seinem Königshause hängt, im vergangenen Jahre zu Theil wurde.

Eueren Majestäten werden hier überall Erinnerungen an Verbindungen aus vergangenen Zeiten entgegengetreten sein. Der eine Name, der Unser Geschlecht mit dem Eurer Majestät und der Unser Land mit den Niederlanden verbindet, heißt „Oranien". Orangefarben ist unser Orden, oranisches Blut fließt in unseren Adern. Mit hoher Achtung und mit tiefer Ergebenheit wird der Name Oranien in Meinem Hause genannt und von dem gewaltigen Geschlecht der Oranier haben Meine Vorfahren geleitet; Wir stehen noch heute staunend vor dem, was diese hohen Herren einst geleistet und geschaffen haben.

Ich schließe mit dem Wunsche: möge der Herr im Himmel seine segnende Hand über Euere Majestät, über Ihr Land und über diesen hohen Sprößling oranischen Blutes halten, an dem das ganze niederländische Volk hängt!

Ich trinke auf das Wohl Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Königin Wilhelmina.

Die Königin-Regentin der Niederlande antwortete darauf wie folgt:

Die Königin-Regentin der Niederlande antwortete darauf wie folgt:

Für Eurere Majestät freundliche und herzliche Worte spreche Ich Meinen aufrichtigen Dank aus.

Der freundschaftliche Empfang, der Mir und Meiner Tochter hier zu Theil wurde, erfüllt Mich mit großer Freude, warmer Anerkennung und herzlicher Dankbarkeit.

Nehmen Eurere Majestäten Unsere allerherzlichsten Wünsche für Ihr Wohlergehen entgegen!

Ich trinke auf das Wohl Sr. Majestät des Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin.

---

* Herr Dr. **Stryck**, der Vorsitzende der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, hat seinen **Austritt** aus der **katholischen Kirchengemeinschaft** erklärt. Der Grund für diesen Entschluß ist nicht weit zu suchen. Herr Dr. Stryck fühlte sich durch das Verhalten der katholischen Geistlichkeit bei der Leichenfeier des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck in seinem Gemüthe derartig gekränkt und in seiner Ueberzeugung so schwer beleidigt, daß er kurz und bündig von der Erlaubniß Gebrauch machte, welche ihm das Gesetz gewährt, und seine Zugehörigkeit zur katholischen Kirche für aufgehoben erklärte. Das ist freilich der einfachste Weg, um vorkommenden Falles alle etwaigen unliebsamen Szenen zu verhindern. Die katholische Kirche wird den Verlust einer einzigen Seele sicherlich leicht verschmerzen. Allein die sonst so klugen Leiter der Kirchenangelegenheiten Roms werden sich vielleicht im Stillen die Frage vorlegen müssen, ob ihr Berliner Vertreter den Bogen, angesichts der Volksströmung in der deutschen Reichshauptstadt, nicht am Ende doch etwas zu straff gespannt habe? Wir aber wollen hoffen, daß sich die vorsichtige Handlungsweise des Berliner Stadtverordneten-Vorstehers, der an seinem Sarge keinen Konflikt zu haben wünschte, noch recht lange Zeit als überflüssig erweisen möge.

---

* Um vielfach vorherrschenden Irrthümern zu begegnen, wollen wir bemerken, daß das Gesetz, betreffend **die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften**, vom 10. Mai 1892 erst mit dem 1. Juli 1892 in Kraft tritt. Die täglichen Unterstützungen sollen betragen: a. für die Ehefrau dreißig Prozent des ortsüblichen Tagelohns für erwachsene männliche Arbeiter am Aufenthalte des Einberufenen (welcher in Berlin auf 2,40 Mark festgesetzt wird), b. für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen (Kinder u. s. w.) zehn Prozent des bezeichneten ortsüblichen Tagelohns, mit der Maßgabe, daß der Gesammtbetrag der Unterstützung sechzig Prozent des Betrages des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigt. Der Anspruch auf Unterstützung ist bei der Gemeindebehörde desjenigen Orts anzubringen, in welchem der Unterstützungsberechtigte zur Zeit des Beginnes des Unterstützungsanspruches seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat (in Berlin beim Magistrat). Der Anspruch erlischt, wenn solches nicht binnen vier Wochen nach Beendigung der Uebung geschieht. Vom Berliner Magistrat werden sofort nach dem Eingang der betreffenden Gesuche die erforderlichen Erhebungen angeordnet, und entsprechen die Resultate der Erhebungen den gesetzlichen Bestimmungen, so wird vom Magistrat alsbald die Anweisung zur Erhebung der Unterstützungsquote an die Betreffenden ausgefertigt. Unterstützungen nach Maßgabe dieses Gesetzes werden auch rücksichtlich solcher Friedensübungen gewährt, welche ganz oder theilweise in der Zeit vom 1. April 1892 bis 1. Juli 1892 stattgefunden haben.

---

* Professor **Hans Delbrück** veröffentlicht in dem neuesten Heft der Preußischen Jahrbücher einen längeren Aufsatz gegen die Ahlwardtschen **„Verleumdungen des deutschen Gewehrs"**. Er weist nach, wie Herr Ahlwardt von der Technik des Gewehrs und der Bedeutung der von ihm behaupteten Mängel keine Ahnung hat, und schreibt u. A.:

Schlechte Waare muß nothwendig binnen gar nicht langer Zeit an irgend einer Stelle sich als solche zeigen; speziell Loewe kann nicht wissen, ob und welche von seinen Gewehren direkt an die Truppe kommen und hier bei einer Spezialschießübung auf die allerstärkste Probe gesetzt werden. Die Truppe ist dienstlich verpflichtet, jeden Mangel, der sich zeigt, auf der Stelle zu melden, und das Kriegsministerium, der Ursache nachzugehen. Gerade diese allergrößten Institute, wie die Loewesche Fabrik, die nur für eine ganz kleine Zahl von Kunden, Kriegsverwaltungen oder Eisenbahndirektionen, arbeiten, haben in sich eine hervorragend starke Garantie für gute Lieferung, sogar in mancher Beziehung eine bessere als die eigentlichen Staatsfabriken, da die Leiter dieser Anstalten als Beamte nicht so eng mit allem ihren Sein an die Fabrik geknüpft sind wie Besitzer. . . . . Es wird nicht lange währen, so werden wir etwa hören, daß Herr v. Stephan sich ganz unerhört mit Telegraphendraht oder elektrischen Apparaten betrügen läßt. Oder daß beim Reichstagsbau so schlechter Mörtel, Cement und Balken verwendet werden, daß das Haus in Bälde zusammenstürzen und sämmtliche Abgeordnete mitsammt dem Bundesrathe unter seinen Trümmern begraben werde. Dann wird wieder einmal nachgewiesen werden, daß alle unsere Panzerschiffe unbrauchbar sind, oder daß bei der schlechten Beschaffenheit des auf den Standesämtern verwendeten Papiers binnen 40 Jahren von Niemandem mehr bewiesen werden kann, wer er eigentlich ist. Endlich werden auch wohl die Kruppschen und Grusonschen Kanonen heran müssen. Alle solche Anschwärzungen thun natürlich einen sehr großen Schaden. Sie tragen Mißtrauen in die breiten Volksmassen und schädigen speziell im höchsten Maße das Ansehen der deutschen Industrie im Ausland. Aber man darf diesen Schaden auch wieder nicht überschätzen. Das Mißtrauen gegen die „Indianerkinten" hält sich doch gerade bei dem Mann nicht, auf den es ankommt, dem Soldaten, der sich täglich vom Gegentheil überzeugt. Und was das Ausland betrifft, so geht es da mit verleumderischen und übertriebenen Anklagen ungefähr gerade so zu. Wer ein Optimist ist, kann ja selbst in dieser Widerwärtigkeit etwas Gutes finden. Es geht von diesen Anklagen eine unausgesetzte Anregung aus, die keinerlei Unaufmerksamkeit aufkommen läßt.

Diese ruhige Auffassung ist natürlich nicht nach dem Geschmack der Antisemiten. Geht doch der bisherige Offizier der Reserve, der Oberlehrer Förster, laut dem Bericht der Kreuzztg. über eine von ihm gehaltene Rede, so weit, selbst die Glaubwürdigkeit des Kriegsministers öffentlich anzuzweifeln. Er fragte in einer Berliner Versammlung, ohne mit den Wimpern zu zucken, angesichts der amtlichen Erklärung des Generallieutenants v. Kaltenborn-Stachau im „Reichsanzeiger", „ob denn die Loeweschen Gewehre wirklich noch einmal nachgeprüft seien?" da doch sein Freund Ahlwardt „mit der größten Vorsicht und jedenfalls in gutem Glauben seine Anschuldigung vorgebracht habe!" Hier mißt ein Lieutenant der Reserve dem gerichtsnotorischen Verleumder Ahlwardt größere Glaubwürdigkeit bei als dem preußischen Kriegsminister! Diese Art, „staatserhaltende Politik" zu treiben, dürfte bei einem Offizier der Reserve schwerlich schon vorgekommen sein.

* * *

Aus dem gelobten Lande der Antisemiten, dem **Königreich Sachsen**, geht uns ein neuer schätzenswerther Beitrag zur Charakteristik **antisemitischer Kampfweise** zu. Vor einiger Zeit erhielten fast sämmtlichen Hoteliers im Königreich Sachsen ein Cirkular, in welchem dieselben aufgefordert wurden, eine Anzahl namhaft aufgeführter antisemitischer Zeitungen zu halten; im Weigerungsfalle würden die Unterzeichner — es waren dies etwa 150 angebliche Geschäftsreisende — fortan in den betreffenden Hotels nicht mehr wohnen. Das erpresserische Cirkular ist nun allerdings von den meisten Empfängern unbeachtet gelassen und einfach in den Papierkorb geworfen worden. Es blieb aber nicht aus, daß einige Hoteliers gegenüber einzelnen der „Unterzeichner", als diese trotzdem ihr altes Absteigequartier wieder aufsuchten, das Cirkular zur Sprache brachten, und da stellte sich denn mehrfach heraus, daß der betreffende Reisende das Schriftstück gar nicht kannte, geschweige denn seinen Namen darunter gesetzt hatte! In einem Falle war es der in der Geschäftswelt wohlgelittene Leipziger Vertreter eines großen auswärtigen Hauses, dessen Name in dieser Weise gemißbraucht war. Da der Herr in fast allen sächsischen Städten neben christlichen auch jüdische Kunden hat, mit denen er freundschaftlich verkehrt, stellte er Nachforschungen nach dem Verbreiter des Cirkulars an, um denselben zur Rechenschaft zu ziehen. Und wer war dieser Ehrenmann? Natürlich der hinreichend bekannte Herr **Theodor Fritsch** in Leipzig. Dieser sah sich jetzt genöthigt, dem Herrn, dessen Namen er gemißbraucht, folgende Erklärung aufzustellen:

„Auf Wunsch des Herrn H. H. erkläre ich hiermit, daß nur durch einen Irrthum dessen Name unter das bewußte an die Hoteliers gerichtete Cirkular gelangt ist. Herr H. hat nachträglich wegen dieses Mißverständnisses bei mir Einspruch erhoben, jedoch war die Sache damals nicht mehr abzuändern, was ich hiermit ausdrücklich bekunde. Theod. Fritsch, Ing."

Wie viele Namen der übrigen „Unterzeichner" mag Herr Theod. Fritsch wohl noch „durch einen Irrthum" unter das Cirkular gesetzt haben? Und wie viele der Herren „Unterzeichner" dürften von diesem „Mißverständniß" noch heute keine Ahnung besitzen? Dieser Vorgang lehrt aufs Neue, daß es bei den agitatorischen Kunststückchen derjenigen, welche des „Ehrenmannes eines Antisemiten würdig sind", ohne Fälschungen überhaupt nicht mehr abgeht.

---

* In der letzten Zeit sind mehrfach **Uebergriffe** von Seiten unterer **Polizeiorgane** vorgekommen, welche herbe Verurtheilung durch den Mund richterlicher Personen gefunden haben. Es dürfte zur Abschreckung beitragen, wenn einige dieser Fälle weiteren Kreisen bekannt gegeben werden. Ueber eine Gerichtsverhandlung, in welcher solche polizeilichen Uebergriffe der Beurtheilung des Gerichtshofes unterlagen, wird uns von unserem Breslauer §-Korrespondenten geschrieben:

Am 16. November v. J. war der Gärtnereibesitzer Zuckale aus dem unmittelbar benachbarten Rosenthal an den Schutzmann Wolf in der Kaiser Wilhelmstraße herangetreten mit dem Ersuchen, gegen einige Tumultuanten, die das Publikum arg belästigten, einzuschreiten. Der Schutzmann Wolf lehnte dieses Ersuchen ab, worauf Zuckale mit einer Beschwerde drohte. Dadurch gereizt, schritt Wolf zur Verhaftung des letzteren und brachte ihn zur Polizeiwache. Hier hat behufs Feststellung der Personalien des Zuckale ein mindestens sehr umständliches Verfahren durch Wolf stattgefunden. Zuckale wurde in allen Taschen revidirt, er sollte sogar die Stiefel ausziehen; Uhr, Geld und seine Brieftasche wurden ihm abgenommen und er schließlich sogar in die Arrestzelle eingesperrt. Kollegen des Wolf suchten zu interveniren, Wolf wies aber alle ihre Vorschläge mit dem Bemerken zurück, nur er allein habe mit der Angelegenheit zu thun. Da Zuckale sich jedoch zweifellos genügend legitimiren konnte, so mußte Wolf ihn schließlich doch endlich entlassen. Zuckale sollte nunmehr fortgehen, ließ dabei jedoch die gewiß sehr berechtigten Worte gegen Wolf fallen: „Was Sie gethan haben, das werden Sie zu verantworten haben." Darüber gerieth Wolf außer sich und es soll, wie Zuckale behauptet, zu einer tollen Szene gekommen sein. Der Schutzmann stieß den Herrn Zuckale an die Wand, warf ihn zur Erde und kniete auf ihm herum. Mit Hilfe zweier Kollegen warf ihn Wolf alsdann in die Arrestzelle und hierbei soll Zuckale Widerstand geleistet haben. Die Folge dieser Vorgänge war zunächst eine höflich gehaltene Beschwerde Zuckales gegen Wolf bei dem Polizeipräsidium, worauf behördlicherseits mit einer Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und wesentlich falscher Anschuldigung bei der Staatsanwaltschaft geantwortet wurde. In der Verhandlung, welche vor der Strafkammer II des Breslauer Landgerichts stattfand, erklärte der Schutzmann, er habe sich keines Uebergriffes irgend welcher Art schuldig gemacht. Die Zeugen-